

Aus der Arbeit des Gemeinderats

Sitzung des Gemeinderates am 27.09.2023 (öffentlich) im Sitzungssaal
anwesend: 13 Mitglieder (Normalzahl: 14)
Vorsitzender: Bürgermeister Jochen Stoll

Bürgerfragestunde: es werden keine Fragen gestellt.

1) Kriminalitätsstatistik

Herr Stoll begrüßt Herrn König vom Polizeiposten Altensteig, der die Kriminalitätsstatistik 2022 vorstellt. Herr König schickt voraus, dass dies sein letzter derartiger Besuch ist, da er in Kürze in Pension gehen wird.

Die Zahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr minimal verändert, während es beispielsweise in Altensteig eine deutliche Zunahme der Fälle gegeben hat. Die Statistik geht vom Tatortprinzip aus, d.h. dort wo die kriminelle Handlung begangen wurde. Es kommt vor allem bei Betrugsfällen oft vor, dass die Täter von einem unbekannten Ort aus operieren, jedoch zählt dann der Wohnort des Geschädigten als Tatort.

Insgesamt wurden 2022 64 Fälle registriert, wovon 39 aufgeklärt werden konnten. Es gab beispielsweise 5 Fälle von Körperverletzung, 9 Fälle von Diebstahl, 2mal Vermögens- und Fälschungsdelikte, ein paar Sachbeschädigungen sowie Rauschgiftdelikte.

Bei den Rauschgiftdelikten besteht laut Herrn König eine hohe Dunkelziffer. Der Konsum ist unter Jugendlichen heutzutage weit verbreitet und wird von diesen nicht als problematisch angesehen. Die staatliche Legalisierung von Cannabis wird dies noch verschlimmern, und es ist weder in den Verwaltungen noch bei der Polizei entsprechend Personal vorhanden, um die Einhaltung der Regelungen zu überwachen.

Laut Herrn König ist auffallend positiv der geringe Anteil von Jugendlichen und Heranwachsenden bei den Tatverdächtigen (7, dagegen 27 Erwachsene). In lebendigen Gemeinden wird hier viel von Vereinen usw. aufgefangen.

Die Aufklärungsquote lag 2022 bei 60,9 Prozent (leicht unter dem Landesschnitt). Auffällig sind nach wie vor die teils gehäuften Versuche, ältere Menschen zu betrügen. Insgesamt spielt sich die Polizeiarbeit im Bereich Ermittlungsdienst überwiegend am Schreibtisch ab. Die Personalausstattung ist in BW so schlecht wie in keinem anderen Bundesland. In Altensteig sind 7 Bedienstete beim Polizeiposten beschäftigt. Nachts und am Wochenende ist das Revier Nagold zuständig.

Herr Stoll bedankt sich abschließend für die sehr gute Zusammenarbeit der letzten Jahre und die wertvolle Unterstützung. Herr König gibt den Dank in vollem Umfang zurück.

2) Neubau Bürgerzentrum Simmersfeld, erster Ausschreibungsblock

Herr Stoll führt zunächst aus, dass derzeit noch mit der Gemeindeprüfungsanstalt geklärt wird, ob aufgrund der Bausumme eine europaweite Ausschreibung notwendig ist.

Dennoch kann in einem ersten Schritt der Ausschreibungsbeschluss für den Rohbau und den Aufzug gefasst werden.

Antrag: Der Gemeinderat stimmt der Ausschreibung der Gewerke Rohbau und Aufzug zu, wenn notwendig in europaweiter Ausschreibung, und ermächtigt die Verwaltung zu der entsprechenden Entscheidung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3) Bebauungsplan Strutacker, Simmersfeld, Aufstellungsbeschluss

Herr Gühring erklärt sich für befangen und tritt in den Zuhörerraum zurück.

Herr Stoll erläutert, dass eine weitere Entwicklung der in der Altensteiger Straße angesiedelten Schreinerei nur möglich ist, wenn durch einen Bebauungsplan entsprechende Grundlagen geschaffen werden. Das Problem besteht darin, dass ein Teil der vom Gemeinderat schon bewilligten Vorhaben im innenliegenden Außenbereich liegt und daher vom Naturschutz aus nicht zulässig wäre.

Zudem ergeben sich für die Gemeinde Synergieeffekte, weil dasselbe Planungsbüro eingesetzt wird wie beim Bebauungsplan Gartenstraße Ost.

Antrag:

- 1. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB, für das im beiliegenden Übersichtplan gekennzeichnete Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der beil. Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Das Bebauungsplanverfahren erhält den Titel: Strutacker und wird nach Baunutzungsverordnung BauNVO) § 6 als Mischgebiet ausgewiesen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Untersuchungen und Gutachten zur Zusammenstellung des Abwägungsmaterials zu veranlassen.**
- 4. Die Kommunalentwicklung (KE) unterstützt die Verwaltung auf Stundenbasis. Die externen Verfahrenskosten sind von der Firma zu tragen.**
- 5. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.**
- 6. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4) Erddeponie Dietersberg, Weiterbetrieb

Zum einen gibt es die Ersatzbaustoffverordnung, deren Auswirkungen und Handhabung noch nicht genau klar sind. Theoretisch soll kein Erdaushub mehr deponiert werden dürfen, mit Ausnahmefällen. Zum anderen wurde die Deponieverordnung geändert. Die Gemeinde muss sich bis 31.12.2023 erklären, ob sie die ihr übertragene Aufgabe als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für Erdaushub weiterhin wahrnehmen möchte, oder diese an den Landkreis zurückgibt.

Variante 1:

Die Gemeinde gibt die Aufgabe ihr übertragene Aufgabe als Entsorgungsträger nicht zurück an den Kreis und bleibt in der Verantwortung. Der bestehende Vertrag mit dem Deponiebetreiber wäre weiterhin gültig und würde fortgeführt (Laufzeit bis 31.12.2024 mit einer stillschweigenden Verlängerung um jeweils ein Jahr, wenn es zu keiner Kündigung kommt). Die Deponiegebühren werden von der Gemeinde wie bisher festgesetzt und erhoben. Die Restverfüllung des vorhandenen Deponievolumens bliebe also bei der Gemeinde. Eine anschließende weitere Verlängerung oder Neugenehmigung einer Erddeponie wäre aus heutiger Sicht ausgeschlossen. Der Weiterbetrieb ist auf die Erddeponie Dietersberg beschränkt.

Variante 2:

Die Gemeinde gibt die ihr übertragene Aufgabe als Entsorgungsträger zurück an den Kreis, der diese Aufgabe auch annehmen muss. Der Deponiebetrieb kann entsprechend den Vereinbarungen mit dem Deponiebetreiber fortgeführt werden. Allerdings sind alle Regelungen vertraglich mit dem Kreis zu fixieren. Es gibt eigentlich nur wenig Änderungen, allerdings liegt die originäre Zuständigkeit nicht mehr bei der Gemeinde, sondern beim Kreis. Die entsprechenden Modalitäten werden vertraglich zwischen Kreis und Gemeinde festgelegt.

Im Gremium ist man übereinstimmend der Ansicht, das bestehende Konstrukt so zu belassen.

Antrag: Die Gemeinde gibt die ihr übertragene Aufgabe als Entsorgungsträger nicht zurück an den Kreis und bleibt in der Verantwortung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5) Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Nachdem im Mai die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 vorgelegt wurde, erläutert nun Kämmerin Schwarz den ersten doppischen Jahresabschluss 2019. Der Abschluss besteht insbesondere aus den Komponenten Ergebnisrechnung (Saldo aus dem „laufenden Betrieb“), Finanzrechnung (Geldfluss, Investitionen, Kredite) und Bilanz (Vermögenslage zum 31.12. eines Jahres).

In der Ergebnisrechnung 2019 sind sowohl das ordentliche Ergebnis wie auch das Sonderergebnis (aus Grundstücksverkehr) positiv, so dass insgesamt ein Plus von 423.249,59 Euro den Rücklagen zugeführt werden kann. Frau Schwarz streift kurz die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten. Beide Bereiche sind jeweils über Plan, jedoch bei den Erträgen noch stärker als bei den Aufwendungen.

Bei der Finanzrechnung zeigt sich eine Planabweichung insofern, dass zum einen Bauvorhaben zeitlich verschoben wurden. Entsprechend kam es zu weniger investiven Auszahlungen sowie in der Folge zu weniger Einzahlungen aus Zuschüssen, außerdem

war keine Kreditaufnahme notwendig. Die liquiden Mittel nehmen zum Jahresende 2019 um knapp 600.000 Euro ab, liegen aber immer noch bei gut 1,2 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme nimmt über das Jahr 2019 hinweg zu, insbesondere im Aktiva beim Sachvermögen und im Passiva bei Eigenkapital und Sonderposten (Zuweisungen und Beiträge).

Somit ist das Jahr 2019 gut verlaufen, nicht zuletzt wegen guter Konjunktur und entsprechender Steuereinnahmen und aufgrund einiger Bauplatzverkäufe über Buchwert. Bei den Jahren 2020 und 2021 zeichnet sich dasselbe Bild ab.

Antrag:

Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss der Gemeinde Simmersfeld für das Haushaltsjahr 2019 entsprechend der Anlage fest (Teil A „Feststellung des Jahresabschlusses“).

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6) Wärme- und Energiewende, hier: kommunale Wärmeplanung

Frau Schwarz erläutert, dass die nun nach der Sommerpause vom Bundestag beschlossenen Änderungen im Gebäudeenergiegesetz (GEG) unmittelbare Auswirkungen auf Bauherren ab 2024 (im Neubaugebiet) bzw. ab frühestens 2026 (außerhalb eines Neubaugebiets) haben. Davon abgesehen verpflichtet das Gesetz für kommunale Wärmeplanung als Ergänzung des GEG Kommunen dazu, für das gesamte Gemeindegebiet eine solche Planung zu erstellen. Damit sollen Bauherren wissen, mit welchem Energieträger und welcher Versorgung sie lokal rechnen können. Simmersfeld wäre bis spätestens 30.06.2028 dazu verpflichtet, die Planung vorzulegen.

Da bei einer Antragstellung bis 31.12.2023 die Kosten der kommunalen Wärmeplanung zu 90% bezuschusst werden (danach nur noch mit 60%), hält die Verwaltung eine sofortige Antragstellung für angebracht.

Antrag:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Antragstellung auf Bezuschussung der kommunalen Wärmeplanung noch 2023 durchzuführen. Die kommunale Wärmeplanung soll dann in 2024 erfolgen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7) Errichtung eines interkommunalen Hochgeschwindigkeitsnetzes, hier: Absichtserklärungen

Herr Stoll erläutert, dass die Gemeinde Simmersfeld schon in vielen Gebieten in den jeweiligen Förderprogrammen von Land oder Bund das Glasfasernetz ausgebaut hat. Als

nächstes sind im sogenannten GU3 die Ortsteile Beuren, Oberweiler und Simmersfeld-Süd an der Reihe. Auch danach gibt es noch Gebäude, die nicht gigabitfähig versorgt werden; hierfür ist eine neues Förderprogramm gestartet (Gigabit-Richtlinie 2.0). Vorab soll eine entsprechende Absichtserklärung erfolgen, um an der Beantragung entsprechender Zuschüsse teilnehmen zu können. Die Bezuschussung wird 90% betragen.

Antrag:

- 1. Die Gemeinde Simmersfeld erklärt die Teilnahme an der IKZ zur Förderantragsstellung und Abwicklung gemäß Gigabit-RL 2.0 und ermächtigt die Verwaltung einen entsprechenden Kooperationsvertrag mit weiteren Kommunen (voraussichtliche IKZ gemäß Anlage 4) des Landkreis Calw abzuschließen.**
- 2. Die Gemeinde Simmersfeld stellt folgende Förderanträge:**
 - Stellung Förderantrag für alle nicht gigabitfähig versorgten Gebäude.**
- 3. Die Gemeinde Simmersfeld erklärt für die nachfolgenden Ausbaugebiete die Absicht, sich an der kommenden GU4-Ausschreibung (bzw. GU-Ausschreibung im IKZ-Cluster) zu beteiligen.**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8) Feuerwehrbedarf 2023, Beschaffung von Systemtrennern

Herr Stoll erwähnt zunächst die Leistungsfähigkeit der FFW Simmersfeld, die vor kurzem beim Großbrand in Zusammenarbeit mit den umliegenden Wehren unter Beweis gestellt wurde. Im Rahmen des Haushaltsplans 2023 sollen noch 5 Systemtrenner angeschafft werden. Diese verhindern die Verunreinigung des Trinkwassers durch Zurückdrücken von Löschwasser in das Leitungsnetz und sind mittlerweile vorgeschrieben. Entsprechende Angebote wurden eingeholt.

Antrag:

Der Gemeinderat stimmt der Anschaffung von fünf Systemtrennern bei der Firma Albert Ziegler GmbH für 5.590,62 Euro brutto zu.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9) Negativzeugnisse

9.1

Flst. Nr.	Gemarkung	Größe	Bezeichnung lt. Grundbuch
227/9	Simmersfeld	903 qm	Dr.-Merkle-Straße 13 Gebäude- und Freifläche

9.2

Flst. Nr.	Gemarkung	Größe	Bezeichnung lt. Grundbuch
625	Simmersfeld	350 qm	Erlenweg 35 Gebäude- und Freifläche
585	Simmersfeld	18 qm	Ahornweg 47 Gebäude- und Freifläche

9.3

Flst. Nr.	Gemarkung	Größe	Bezeichnung lt. Grundbuch
174/2	Aichhalden	382 qm	Kleinenztal, Waldfläche
174/5	Aichhalden	2.120 qm	Kleinenztal, Landwirtschaftsfläche

9.4 (Tischvorlage)

Flst. Nr.	Gemarkung	Größe	Bezeichnung lt. Grundbuch
641	Simmersfeld	368 qm	Erlenweg 3 Gebäude- und Freifläche
679	Simmersfeld	18 qm	Panoramaweg 30 Gebäude- und Freifläche

Antrag: Das jeweilige Negativzeugnis wird erteilt, die Gemeinde macht keinen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrecht.

Der Antrag wird jeweils einstimmig angenommen.

10) Bauvorhaben im Außenbereich, Einbau einer Regalwand

Aufgrund von Bedenken beim Winterdienst und Feuerschutz wurde bisher das Einvernehmen nicht erteilt. Dies war laut Landratsamt jedoch nicht rechtskonform und kann von dort ausgehebelt werden.

Antrag:

Unter Zurückstellung von Bedenken wird das Einvernehmen der Gemeinde zum Bau der geschlossenen Regalwand erteilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11) Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

GR-Sitzung 29.07.2023: Sanierungsgenehmigung erteilt.

Verwaltungsausschuss: Personalentscheidung und Einstellung von Frau Susanne Großmann als Verwaltungskraft im Einwohnermeldeamt (Beginn 01.10.2023).

Umlaufbeschluss des Technischen Ausschusses:
Antrag auf Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren,
Entwicklungszentrum II, Neubau PV-Freiflächenanlage im Interkom-Enz-Nagold
(Einvernehmen)

Umlaufbeschluss des Gemeinderates
Vergabe der Winterdienstarbeiten für den Zeitraum 2023-2028
Die Winterdienstarbeiten für die Ortsteile Fünfbronn und Simmersfeld wurden an die Bietergemeinschaft Reinhardt-Bäuerle vergeben. Die Winterdienstarbeiten für die Ortsteile Aichhalden-Oberweiler, Beuren und Ettmannsweiler wurden an die Fa. Großhans vergeben.

Des Weiteren wurde eine Sanierungsgenehmigung und ein Negativzeugnis erteilt.

12) Verschiedenes, Bekanntgaben

Trimm-Dich-Pfad

Zwischenstand: kein Pfad in dem Sinn, aber ein zentraler Ort mit mehreren Geräten. Nun wird ein Antrag auf Förderung im LEADER-Programm gestellt.

Neuer Standort Funkmast Ettmannsweiler

Im weiteren Verfahren zur Genehmigung des Funkmasts in Ettmannsweiler, der von der Deutschen Funkturm für die Deutsche Telekom gebaut wird, hat sich ergeben, dass der Standort geringfügig verändert werden muss. Er befindet sich nach wie vor auf einem Grundstück der Gemeinde, allerdings nicht wie bisher im Wasserschutzgebiet, sondern außerhalb dessen.

Neubau Bürgerzentrum Simmersfeld

Eine beantragte Förderung im Holz Innovativ Programm wurde mittlerweile abgelehnt.

Windpark Nordschwarzwald wurde verkauft

Statkraft, ein norwegisches Staatsunternehmen mit 5300 Mitarbeitern in 21 Ländern hat 35 Windparks von Breeze2 gekauft, unter anderem auch den Windpark Nordschwarzwald. Es wurde von Seiten des Erwerbers angekündigt, die freiwillige kommunale Abgabe in Höhe von 0,2 Cent pro erzeugter kwh an die Umliegergemeinden entrichten zu wollen.

Schachtsanierung 2023

Es wurden die sanierungsbedürftigsten Schächte im Gemeindegebiet markiert. Diese sollen nun nicht wie in den Vorjahren mit Kaltasphalt von einer entsprechenden Firma saniert werden, weil sich herausgestellt hat, dass die Schächte bald wieder in einem

schlechten Zustand sind. Es ist angedacht, die Fa. Rath mit der Reparatur zu beauftragen, was auf Dauer gesehen die günstigere Alternative ist.

Ortseingangsbanner in Aichhalden-Oberweiler

Werden demnächst aufgebaut

Anfrage von Frau Herter-Lutz: Buswartehaus in Oberweiler (Haus Keck). Könnten die Kinder nicht immer auf dieser Seite ein- und aussteigen? Denn auf der gegenüberliegenden Seite gibt es keine Überdachung, die Kinder stehen teils unter einem privaten Vordach. Herr Stoll klärt ab, ob der Bus auf der anderen Seite die Kinder einsteigen lässt und dann später irgendwo umdreht.

Aus der Arbeit des Techn. Ausschusses

Sitzung des Technischen Ausschusses am 27.09.2023 (öffentlich) Sitzungssaal

anwesend: 6 Mitglieder (Normalzahl: 6)

Vorsitzender: Bürgermeister Jochen Stoll

1) Bauantrag: Geänderte Ausführung Anbau von Balkonen an vorhandenes Mehrfamilienhaus Flst. 50, Markung Simmersfeld, Dielstraße 8

Der Gemeinderat hat keine Bedenken.

Antrag: Das Einvernehmen der Gemeinde wird erteilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2) Bauantrag: Neubau einer Doppelgarage und Abstellraum als Stahlbetonfertigggarage Flst. 238/5, Markung Simmersfeld, Rosenstraße 6

Herr Müller ist befangen und tritt in den Zuhörerraum zurück.

Antrag: Das Einvernehmen der Gemeinde wird erteilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3) Verschiedenes / Bekanntgaben

Herr Stoll informiert: Der Beschluss über das Einvernehmen für geschlossene Regalwand wird anschließend an den TA im Gemeinderat gefasst.